

27 FRIESACHER

Völlig überraschend erhielt der Kärntner Rennfahrer **Patrick Friesacher** für die Formel-1-Saison 2005 einen Vertrag beim Minardi-Team. Sein Einsatz beschränkte sich auf eifriges Rennen, Friesacher ergatterte insgesamt drei WM-Punkte.

Fünf Jahre später wurde bekannt, dass Friesachers Engagement vom damaligen Kärntner Landeshauptmann **Jörg Haider** erkaufte worden war. Das Geld soll von russischen Investoren gekommen sein, die die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten hatten, nachdem Haider beim damaligen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel interveniert hätte. Angeklagt in der Causa ist nun der ehemalige Haider-Sekretär **Franz Koloini**, der einen Teil des „Investoren-Geldes“ abgehoben und auf mehrere Sparbücher verschoben haben soll. **W Z**

Franz Koloini wird von der Staatsanwaltschaft „Geldwäsche“ vorgeworfen



28 EM-STADION

Im Vorfeld der Europameisterschaft 2008 beschloss die Politik, Klagenfurt solle ein neues Fußballstadion erhalten. Rund 66 Millionen Euro wollten Bund, das Land Kärnten und die Stadt Klagenfurt investieren.

Im Zuge des Ausschreibungsverfahrens, das entscheiden sollte, welche Firma den Sportbau errichten würde, soll es zu Interventionen seitens des Landeshauptmanns **Jörg Haider** zugunsten der Firma Strabag gekommen sein. Eine Liste, in der das Konsortium Porr/Alpine an erster Stelle gereiht war, wurde unter ominösen Umständen in der Gratiszeitung *Die Kärntner Woche* veröffentlicht, was offensichtlich das Ausschreibungsverfahren sabotieren sollte. Genützt hat es nichts, das Stadion wurde von der Porr/Alpine gebaut. **W Z**

Die Strabag klagte gegen den Zuschlag für Porr/Alpine, scheiterte aber



29 SEEBÜHNE

Die 1997 am Wörthersee eröffnete Seebühne war eines der Prestigeprojekte von Kärntens Landeshauptmann **Jörg Haider**. Deshalb durfte sie auch etwas kosten: Mehr als vier Millionen Euro investierte das Land Kärnten in die Errichtung des Baus, beinahe zehn Millionen an öffentlichen Geldern flossen in den Bühnenbetrieb.

Trotz solcher Zahlen kannte das Unternehmen für lange Zeit nicht einmal Aufsichtsräte, die das Finanzgebaren kontrollieren hätten können. Das Ergebnis davon schaute in etwa so aus: Im Sommer 2004 wurde die Bühne für 200.000 Euro renoviert, im gleichen Jahr fuhr das Unternehmen laut Wirtschaftsprüfern einen Verlust von 2,1 Millionen Euro ein. Im vergangenen Jahr beschloss die Kärntner Politik den Ausstieg aus dem Projekt. **W Z**

Die Gerichtsermittlungen in der Causa Seebühne wurden ohne Ergebnis eingestellt



Im wilden Süden

Hypo Alpe Adria, Nonascheuch und Jörg Haiders Buberipartie: Kärnten ist Österreichs skandalöses Bundesland schlechthin. Fünf Kärntner Skandale, die auch auf Bundesebene zu Erklärungsbedarf – und erheblichen Kosten – führten



30 HYPO ALPTRAUM ADRIA

Selbst für die Ermittler dürfte es schwierig sein, den Überblick über die Vorwürfe, die Beschuldigten und die verschwundenen Milliarden im Rahmen der zahlreichen Hypo-Skandale zu behalten.

Neben der Soko Hypo und der CSI Hypo, U-Ausschüssen in Wien und München ermitteln Staatsanwälte in beiden Ländern. Dem Vernehmen nach liegen bisher mehr als 100 Anzeigen, Sachverhaltsdarstellungen und Klagen vor. Die Aufarbeitung könnte Jahre dauern, der Schaden eine Milliarde Euro übersteigen. Jene Milliarden, die der Steuerzahler seit der Notverstaatlichung im Dezember 2009 investieren musste, nicht einberechnet.

Die erste Affäre ereignete sich 2004. Der Angestellte **Christian R.** verzoekte innerhalb weniger Tage 328 Millionen Euro. Der damalige Vorstand **Wolfgang Kulterer** vertuschte den Verlust, wofür er später wegen Bilanzfälschung zu einer Strafe von 140.000 Euro verurteilt wurde.

Rund um den Verkauf der Hypo an die Bayerische Landesbank im Mai 2007 kam es dann gleich zu mehreren Ungereimtheiten. So hatte der österreichische Investor Thilo Berlin die Kärntner Bank mit dem Geld „vermögender Personen“ und einem Kredit der Münchner BayernLB gekauft, um sie mit hohem Gewinn an ebendiese Bank weiterzureichen.

Gutachten und Zeugenaussagen nähren den Verdacht, dass Manager der BayernLB wesentlich mehrere Hundert Millionen Euro zu viel für die Hypo gezahlt haben. Die Ermittler hegen außerdem den Ver-

dacht, der Verkauf in Österreich habe verdeckter Parteienfinanzierung und persönlicher Bereicherung gedient.

Der ÖVP-nahe Steuerberater **Dietrich Birnbacher** etwa erhielt für ein Gutachten zwölf Millionen Euro. Selbst die nach öffentlichem Druck halbierte Summe („Patronenrabb“) soll, wie ein deutsches Gutachten jüngst feststellte, dreißig Mal zu hoch gewesen sein. Der verstorbene Landeshauptmann **Jörg Haider** wiederum, der die Hypo jahrelang genötigt hatte, seine Spenderhosenpolitik zu finanzieren, soll der damaligen Vorstand der BayernLB, **Werner Schmidt**, zu einem Millionen-Sponsoring für Klagenfurts EM-Stadion gedrängt haben. Nachdem auch der Name des Ex-Finanzministers **Karl-Heinz Grasser** auf Berlins Investorenliste auftaucht war, behauptete **Grasser**, damals noch im Amt, für seine Schwiegermutter 500.000 Euro investiert zu haben. Ihr Gewinn: 284.000 Euro.

Der eigentliche Skandal um die Hypo die unter Kulterer aggressiv am Balkan expandiert hatte, dürfte sich hingegen lange vor dem Verkauf an die Münchner abgespielt haben. Nicht nur vergab die Bank in zahlreichen Fällen miserabel gedeckte Millionenkredite. Viele dieser Zahlungen dürften, so die Vermutung der Ermittler, der Geldwäsche, der Korruption und der Finanzierung der organisierten Kriminalität gedient haben. **W Z**

Verdacht auf Geldwäsche, Untreue, Korruption, Betrug und Parteienfinanzierung



31 NO NA NET PART OF THE GAME

Es ist ein Satz, der es ins kollektive Gedächtnis der Österreicher geschafft hat: Wenn ein Russe bereit sei, fünf Millionen Euro in Kärnten zu investieren, sei „die Staatsbürgerschaft no na net part of the game“, sagte FPÖ-Obmann **Uwe Scheuch** im Sommer 2009 sinngemäß in einem Gespräch mit dem ehemaligen FPÖ-Pressesprecher **Kurt Lukasek**. Scheuchs Angebot galt aber nur mit der Einschränkung, dass auch „die Parteien“ in Form einer Spende „irgendwo zwischen fünf und zehn Prozent“ von der Investition in das Land profitieren sollte.

Das Pech des FPÖ-Chefs war, dass Lukasek, der sich zu diesem Zeitpunkt mitten in einem Privatkonkursverfahrens befand,

das Gespräch heimlich aufgezeichnete, und der Mitschnitt später im Magazin *News* veröffentlicht wurde. Scheuch wurde daraufhin von der Staatsanwaltschaft angeklagt und am 2. August dieses Jahres in erster Instanz, nicht rechtskräftig, wegen „Bestechlichkeit“ zu 18 Monaten Haft verurteilt (sechs davon unbedingt). Der Schuldspruch schlug hohe Wellen, die FPÖ sprach von einem „Politjustiz-Urteil“, und Scheuchs Anwalt legte umgehend volle Berufung ein. **W Z**

Uwe Scheuch wird von der Staatsanwaltschaft „Bestechlichkeit“ vorgeworfen



32 SKYLINK

Nach dem AKH soll Skylink den zweitgrößten Bauskandal der Nachkriegsgeschichte repräsentieren. Mit rund einer Milliarde Euro Baukosten ist der Terminal-Neubau am Flughafen bislang rund doppelt so teuer wie geplant, zudem sollte er seit dreieinhalb Jahren fertig sein. 2009 konnte ihn nur ein umstrittener, millionenteurer Baustopp vor dem totalen Chaos retten; 2010 stellten Gutachter mehr als 3000 Baumängel fest. Die Justiz ermittelt wegen Betrug, Untreue und Bilanzfälschung gegen Flughafenmitarbeiter und Baufirmen.

Hintergrund: Trotz Teilprivatisierung leiten de facto die beiden 20-Prozent-Eigentümer Wien und Niederösterreich den Flughafen. Personalpolitik und Betriebsklima fasst eine Beratungsfirma unter dem Schlagwort „Vorrang Parteibuch“ zusammen. Großzügige Boni werden trotz Fehlleistungen gewährt. Personalbeschlüsse fallen in den Büros **Erwin Prölls** und **Michael Häupls**, die sich gegenseitig die Schuld an der Misere zuschieben.

Die Kontrollinstanzen der Länder – zum Beispiel Landtagsuntersuchungsausschüsse – versagten bei der Aufarbeitung bisher kläglich. Und auch ein penibler 318-Seiten-Bericht des Rechnungshofes scheint bis jetzt keine besondere Wirkung zu zeigen: Mitte 2011 werden neuerlich ein SPÖ- und ein ÖVP-Mann zu Flughafen-Vorständen bestellt. **J G**

Verdacht auf Betrug, Untreue und Bilanzfälschung bei diversen Beteiligten

33 SPEKULATION

Schwere Versäumnisse im Umgang mit Wohnbaugeldern müssen sich Niederösterreich und speziell der zuständige ÖVP-Landesrat **Wolfgang Sobotka** vorwerfen lassen.

Das sagen nicht nur oppositionelle Politiker aller Parteien in St. Pölten, das sagt auch die Kontrollbehörde Rechnungshof. Ansprüche aus 166.000 Wohnbaudarlehen verkaufte das Land zwischen 2001 und 2006 – Wert: insgesamt 4,38 Milliarden Euro. Als Investor agierte ein Firmen-geflecht mit der landeseigenen Finanz- und Beteiligungsgesellschaft Fibeg an der Spitze. Man blickte mehr auf mögliche Erträge als Risiken. Für einen öffentlichen Investor waren die Anlagen jedoch viel zu riskoreich, kritisierte der Rechnungshof vergangenes Jahr. Qualifizierte Hilfe, die der Bund den Ländern anbot, nahm man nicht in Anspruch. Mit der Finanzkrise begann das System zu wackeln – Stand September 2011 waren rund 800 Millionen Euro verspekuliert worden.

Der Skandal wirft die Frage auf, inwiefern weit öffentliche Anleger den Regeln eines unberechenbaren Finanzmarktes trauen dürfen – als solcher betrifft er nicht nur Niederösterreich, sondern auch andere Länder, Gemeinden und sogar ganze Staaten. Die Krisenkommunikation im Anschluss ans verspekulierte Wohnbaugeld, zeugte außerdem vom selbstherrlichen Weltbild von Prölls absolut regierender ÖVP in Niederösterreich. **J G**

Verdacht auf Untreue bei Fibeg-Managern

Im wilden Osten

Eine mächtige SPÖ in Wien, eine ebensolche ÖVP in Niederösterreich. Was sich die beiden Großparteien in ihren Sphären zuschulden haben kommen lassen – und wie sie am Flughafen zusammenarbeiten

34 DER GROSSE PRATER-SCHMÄH

Immerhin zeitigte diese Affäre als eine von wenigen Konsequenzen: Im März 2009 trat SPÖ-Vizebürgermeisterin **Grete Laszka** zurück – aus privaten Gründen, wie es hieß. Inoffiziell war klar, dass die Prater-Misere ihren Abgang zumindest beschleunigt hatte.

Ein Auftrag ohne Ausschreibung, eine Explosion der Baukosten auf rund 40 Millionen Euro, ein kreativer Umgang mit der Bauordnung – und ein als geschmacklos kritisiertes Endergebnis: Der 2008 eröffnete Pratervorplatz wurde zum Kitschdenkmal sozialdemokratischer Selbstherrlichkeit in Wien. Drei Misstrauensanträge gegen Laska wurden mit der absoluten SP-

Rathausmehrheit abgeschmettert. Das städtische Kontrollamt kritisierte, steuer-geldfinanzierter Projekte seien hinter privaten Konstruktionen versteckt worden; die Opposition thematisierte Laskas Nähe zur Baufirma ExploresD, deren Chef Laszka als „Gretli“ und „meine beste Mitarbeiterin“ bezeichnete.

Die Staatsanwaltschaft beauftragte 2008 zur Vorbereitung einer etwaigen Anklage Meini-Gutachter **Thomas Havranek** mit einer Studie. Ob und wann die Anklage kommt, steht noch nicht fest. **J G**

Anklageerhebung noch nicht klar

35 SCHMUTZIGE HÄNDE IM AKH

Warum wird das AKH Wien, Österreichs größtes Krankenhaus, von einer Putzfirma gereinigt, die beim Vergabeverfahren ein um drei Millionen Euro teureres Angebot abgegeben hat als der billigste Bieter? Für die Antwort auf diese Frage interessiert sich die Korruptionsstaatsanwaltschaft.

Die Vorgeschichte zur Causa, die im vergangenen Jahr im *Falter* aufgedeckt wurde, lautet so: Der Wiener Unternehmer **Dragan Janus** ritterte bei einer Ausschreibung um den Auftrag zur Reinigung des AKH, ein 50-Millionen-Euro-Geschäft. Obwohl Janus das günstigste Angebot legte, ging der Zuschlag an einen teureren An-

bieder, das Reinigungsunternehmen Ago. Ein Betrieb, dessen Besitzer laut Janus gute Kontakte zu Beamten im AKH pflege.

Als Janus seine Niederlage anfechtete, wollte, wurde er, wie im *Falter* berichtet, von AKH-Beamten unter Druck gesetzt. Jüngst wurde bekannt, dass der Auftrag für die Reinigungsarbeiten neu ausgeschrieben wird. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen Korruptionsverdacht sind noch nicht abgeschlossen. **W Z**

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen AKH-Mitarbeiter wegen Korruptionsverdacht



FRAUEN RECHNEN JETZT NACH!

JETZT NEU

WWW.GEHALTSRECHNER.GV.AT

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT.
DAMIT DIE RECHNUNG AUFGEHT.

EINE INITIATIVE VON FRAUENMINISTERIN
GABRIELE HEINSCH-HOSEK.

gleich = fair

Es gilt die
Unschulds-
vermutung